

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 34. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

---

Sitzungsdatum: 19. November 2003  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.00 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Jean-Jacques Winter, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin  
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident  
Dr. Leo Zehnder  
Roman Meury  
Bea Fuchs  
Paul Schüpbach  
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:  
Entschuldigt: Jan Oppliger  
Mathilde Oppliger

Abwesend:

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Berichte des Gemeinderates und der Verkehrs- und Planungskommission betreffend Genehmigung der Quartierplanung ‚Rankacker 2001‘, bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement, 2. Lesung Geschäft 3413 / A
2. Berichte des Gemeinderates und der Wirkungsprüfungskommission betreffend Schlussbericht zum Projekt Allwo, umfassend Leistungsaufträge und –berichte 2002, Aufbau Kosten- und Leistungsrechnung, Ergebnis der Kostenrechnung 2002 sowie Controlling und Berichtswesen Geschäft 3439 / A
3. Bericht des Gemeinderates betreffend Waldbaulinienplan ‚Neuweilerstrasse Nord‘; Direkte Beratung Geschäft 3437

- |   |                 |
|---|-----------------|
| 4. Bericht des Gemeinderates und der Verkehrs- und Planungskommission betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 865'000.-- für die Innen- und Aussensanierung des alten Schulhauses Neuallschwil an der Baslerstrasse 255 | Geschäft 3376/A |
| 5. Bericht des Gemeinderates betreffend „Trendloft oder Wohnblock“: Allschwil ist gebaut – wie lässt sich sein Wohnungsangebot erneuern? Bericht PSP Uni Basel  | Geschäft 3458   |
| 6. Motion Eugen Neeser, FDP-Fraktion, betreffend Teilrevision Personalreglement   | Geschäft 3435   |
| 7. Motion Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, betreffend Steuerreglement   | Geschäft 3441   |
| 8. Motion WIKO betr. Neuzuteilung der Aufgaben der bisherigen Wirkungsprüfungskommission  | Geschäft 3452   |
| 9. Postulat I, Dr. I. Corvini / F. Keller, CVP, betreffend Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie)  | Geschäft 3454   |
| 10. Postulat II, Dr. I. Corvini / F. Keller, CVP, betreffend Verlängerung der Buslinie 33 nach Schönenbuch  | Geschäft 3455   |
| 11. Interpellation Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Mobilfunkantennen  | Geschäft 3424   |
| 12. Interpellation Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, betreffend EuroAirport / Gemeinde Allschwil   | Geschäft 3426   |
| 13. Interpellation Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion betreffend Cablecom / Balcab   | Geschäft 3440   |

Nach der Pause:

- **INFO-FENSTER des Gemeinderates**
  - **Fragestunde**
- 

### **Der Protokollführer**

Andreas Weis

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 34 vom 19. November 2003**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Jean-Jacques Winter

---

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

Der Vorsitzende **Jean-Jacques Winter** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

### **Neue parlamentarische Vorstösse:**

**Peter Humbel**, SP-Fraktion, reicht eine Interpellation betreffend Erdbeben-Gefährdung und Vorsorge in der Region Basel (Geschäft 3481) ein.

**SP-Fraktion** reicht ein Postulat betreffend Anhebung von Strassenüberquerungen (Geschäft 3482) ein.

**Peter Humbel/Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, reichen ein Postulat betreffend Räumlichkeiten für Vereinsarbeiten (Geschäft 3483) ein.

**Lucius Cueni**, SP-Fraktion, reicht eine Interpellation „Wie weiter mit dem Areal Schiessstand Allschwiler Weiher?“ (3484) ein.

**Lucius Cueni**, SP-Fraktion, reicht ein Postulat betreffend Stoppsäcke auf Allschwiler Gemeindestrassen (Geschäft 3485) ein.

### **Eingegangene Budget-Postulate:**

- Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend  
Pos. 200-302.00 Löhne Lehrkräfte, Kindergarten:  
Kürzung um CHF 121'900.--  
Pos. 212-302.00 Löhne Lehrkräfte, Kleinklassen Primar:  
Kürzung um CHF 50'000.-- Geschäft 3468
- Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend  
Pos. 300-311, Sachaufwand Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge:  
Streichung des eingesetzten Betrages von CHF 10'000.-- Geschäft 3469
- Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend  
Pos. 300-319, Übriger Sachaufwand:  
Streichung des eingesetzten Betrages von CHF 20'000.-- Geschäft 3470
- Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend  
Pos. 300-364a, Beitrag Zweckverbände, Beiträge an kulturelle  
Institutionen Basel-Stadt  
Kürzung um CHF 20'000.-- Geschäft 3471
- Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend  
Pos. 300-364.00 Eigene Beiträge, Gemischtwirtschaftliche  
Unternehmungen, Beitrag an GGG:  
Kürzung um CHF 35'000.-- Geschäft 3472
- Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend  
Pos. 342-43, Entgelte, andere Benützungsgebühren, Eintritts-  
preise Hallenbad:  
Erhöhung um CHF 20'000.-- Geschäft 3473
- Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend  
Pos. 780-314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte, WC-Anlagen:  
Erhöhung um CHF 6'000.-- Geschäft 3474
- Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend

---

Pos. 780-315.00 Übriger Unterhalt durch Dritte, WC-Anlagen: Erhöhung um CHF 30'000.--	Geschäft 3475
Budget-Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Pos. 780-366.00, Beiträge an private Haushalte, Ertrags- ausfallentschädigungen für ökologische Ausgleichsflächen: Erhöhung um CHF 20'000.--	Geschäft 3476
Budget-Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Pos. 841-390.00/ 840-390.00 verrechneter Personalaufwand Umbuchung Anteil Wirtschaftsförderung CHF 15'000.--	Geschäft 3477
Budget-Postulat von Iris Zihlmann und Robert Richner, FDP, Pos. 841 Marktwesen: Reduktion des Aufwandüberschusses um CHF 15'000.--	Geschäft 3478
Budget-Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Pos. 770-501.01, Investitionen Tiefbauten, Natur- und Erholungs- zone Ziegeleiareal: Erhöhung der Investition um CHF 50'000.--	Geschäft 3480
Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos 900-400.00: Steuereinnahmen Natürliche Personen, Einkommen- steuern: Reduktion des Steuerfusses auf 56% falls der Kredit für den Veranstaltungssaal am 30. November 2003 vom Volk abgelehnt wird.	Geschäft 3479

---

**Mitteilung:**

Es liegt ein dringliches Postulat von Beat Meyer, CVP/SVP-Fraktion, betreffend Schliessung der Poststelle Lindenplatz vor. Der Präsident erteilt dem Postulanten das Wort.

**Beat Meyer**, CVP/SVP-Fraktion, begründet die Dringlichkeit des Postulates. Die Dringlichkeit sei inhaltlich wie zeitlich gegeben, weil die Post die Postannahmestelle in ca. 4 Monaten schliessen möchte und diese Schliessung mit einem unbefriedigenden, fadenscheinige Begründungen enthaltenden Brief den Bürgern mitgeteilt habe. Darauf müsse man reagieren.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, wünscht sich, dass das Postulat als Resolution an die Schweizerische Post versendet wird. Er bittet zu prüfen, wie der formell korrekte Weg zum Beschluss eines Postulates als Resolution sei.

**Jean-Jacques Winter** schlägt vor, das Postulat nach dem Info-Fenster zu behandeln. Der Gemeinderat ist bereit dieses Postulat entgegenzunehmen.

://:

Die Dringlichkeit des Postulates wird einstimmig beschlossen.

---

**Traktandenliste**

**Jean-Jacques Winter** teilt mit, dass das Traktandum 5, Musikschulvertrag, Geschäft 3461, gemäss Antrag des Gemeinderates abgesetzt werden muss. Der Mustervertrag des Kantons habe noch Fehler beinhaltet, weshalb der Vertrag nochmals überarbeitet werden müsse.

://:

1. Dem Antrag des Gemeinderates wird einstimmig stattgegeben.
  2. Die Traktandenliste wird gemäss vorstehendem Beschluss bereinigt.
- 

353      01.001      Reglemente/Rechtserlasse, kommunal  
          11.100      Raumplanung/Zonenplanung  
          01.032.003      Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

**1. Berichte des Gemeinderats und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen  
betreffend Genehmigung der Quartierplanung „Rankacker 2001“  
bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement, 2. Lesung,  
Geschäft 3413/**

---

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, lädt den Einwohnerrat nochmals ein, nachdem anlässlich der ersten Lesung bereits keine Änderungsanträge eingegangen sind, der Quartierplanung „Rankacker 2001“ mit den Anträgen des Gemeinderates und denen der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen zuzustimmen.

**Jean-Jacques Winter** lässt die Titel der Kapitel des Reglements nochmals verlesen.

Zum gesamten Reglement werden **keine Wortbegehren** gestellt.

://:

1. Der Quartierplanung „Rankacker 2001“, bestehend aus der Mutation, dem Quartierplan und dem Quartierplanreglement sowie dem Antrag an den Regierungsrat zur Genehmigung wird einstimmig zugestimmt.
  2. Die öffentliche Urkunde zum Quartierplanvertrag wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
- 

**Hanspeter Frey**, regt an, über die beantragten Änderungen gemäss Bericht der Kommission über Verkehrs- und Planungsfragen, Punkt 4, formell abzustimmen. Die Änderungsanträge lauten:

Die Kommission beantragt dem Einwohnerrat im Quartierplanreglement folgende Änderungen zu beschliessen. Anträge in Kursivschrift und unterstrichen.

1. Erlass:

Die Einwohnergemeinde Allschwil erlässt, gestützt auf §§ 2-6 und ff. des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes .....

5.3 Gestaltung der Bauten

5.3.2 Gestaltung der Bauten und bauliche Einpassung

4 Abgrabungen an Gebäuden: Auf eine sorgfältige Gestaltung ist zu *achten* wird ersatzlos gestrichen

6. Aussenraum

6.1 Nutzung und Gestaltung:

7 Aussenraum Kindergarten

---

Im Kommentar/Hinweis wird folgende Ergänzung angebracht: Bei der Gestaltung des Kindergartenareales ist zu achten, dass keine giftigen und stacheligen Pflanzen verwendet werden.

8. Ver- und Entsorgung

4 Abfallbeseitigung

Für die Abfallbeseitigung gilt das Abfallreglement der Gemeinde Allschwil. Mit dem Baugesuchsverfahren der Quartierplanüberbauung ist dem Gemeinderat das Abfallkonzept zur Genehmigung vorzulegen.

10. Realisierung

3 Quartierplanvertrag: wird nach Art 12 Schlussbestimmung Abs. verschoben.

4 Etappierung: Aus marktwirtschaftlichen Gründen kann die Oberbauung ausnahmsweise in zwei Bauetappen erfolgen. Wird ersatzlos gestrichen.

12. Schlussbestimmungen

Quartierplanvertrag

Neu Abs.5

Vor der Quartierplangenehmigung durch den Regierungsrat muss dieser Vertrag allseitig unterzeichnet sein. Die öffentliche Verurkundung (inkl. Grundbucheintrag) durch die Bezirksschreiberei erfolgt nach Inkrafttreten der Quartierplanung.

Inkrafttreten

Abs. 5 wird neu Abs. 6 Im Kommentar/Hinweis wird folgende Ergänzung angebracht: Die Quartierpläne Nr 1 von 1964 und Nr 2 von 1992 sind mit der Inkraftsetzung des Quartierplanes „Rankacker 2001“ aufgehoben.

://:

Die Änderungsanträge der VPK werden einstimmig gutgeheissen.

---

354	01.040	Gemeinderat
	01.032.006	WIKO (Wirkungsprüfungskommission)
	01.181	Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo

**2. Schlussbericht zum Projekt Allwo „Allschwil wirkungsorientiert“ umfassend Leistungsaufträge und -berichte 2002, Aufbau, Kosten- und Leistungsrechnung, Ergebnis der Kostenrechnung 2002 sowie Controlling und Berichtswesen (Geschäft 3439/)**

---

**Verena Meschberger**, SP-Fraktion, Präsidentin der Wirkungsprüfungskommission (WIKO), dankt zunächst allen Beteiligten. Sie gratuliert allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, externen Mitarbeitern sowie den Politikern zu dem gelungenen Projekt. Sie wünscht sich, dass auch in Zukunft die Gemeinde Allschwil mutig weitere neue Projekte lanciert und so wertvolle Erfahrungen sammeln kann. Es ist nicht üblich, dass die WIKO zu abgeschlossenen Projekten einen Bericht verfasst, gibt aber die Gelegenheit, dem Parlament vor dem Einstieg in die Produktivphase aufzuzeigen, wie die WIKO die Verwaltungstätigkeit überwachen kann, soll und muss. Nachdem die Verwaltung erste Erfahrungen mit der WOV (Wirtschaftsorientierten Verwaltungsführung) sammeln konnte, musste sich auch die WIKO damit auseinandersetzen. Die Verwaltungsarbeit ist mit den Leistungsaufträgen, den Jahreszielen und den Kostenzielsetzungen transparent geworden. Die Leistungsberichte bringen jährlich die Wahrheit an den Tag, sie stellen das Kosten/Nutzen-Verhältnis dar. Es ist

hingegen kein Instrument zur Überprüfung der individuellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitarbeiter! Dies würde dem Sinn und Zweck der WOV total widersprechen. Im Rahmen des WOV besteht nun die Möglichkeit, die Wirkungsziele, die Leistungsziele und auch die Kostenziele auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Mit Hilfe des WOV können die einzelnen Kostenstellen genau dargestellt und betragsmässig ausgewiesen werden. So können auch genaue Aussagen über die Kostendeckung der öffentlichen Dienstleistungen gemacht werden. Via Leistungspostulat kann also direkt Einfluss auf die Verwaltungsarbeit ausgeübt werden. Leider musste ein Fortbildungsseminar im Mai dieses Jahres aus mangelndem Interesse abgesagt werden. Mittlerweile hat Herr Markus Rudolf-von-Rohr, stellv. Gemeindeverwalter, das Projekt WOV bei drei Fraktionen vorstellen können. An dieser Stelle ganz herzlichen Dank an Herrn Markus Rudolf-von-Rohr für seinen Einsatz. Die WIKO kann nun in Zukunft ihre Controllingfunktion wahrnehmen. Den Mitgliedern der GPK und RPK, aus dem sich die WIKO zusammensetzt an dieser Stelle herzlichen Dank für den Einsatz. Die flächendeckende Arbeit mit WOV, als erste Gemeinde der Region, hat sich in jedem Fall bereits jetzt schon gelohnt und muss in diesem Sinne weitergeführt werden. Die Präsidentin beantragt daher dem Plenum, den Schlussbericht zum Projekt Allwo zur Kenntnis zu nehmen und gemäss den Anträgen des Gemeinderates zu beschliessen.

**Ruth Greiner**, Gemeindepräsidentin, erläutert, dass die Verwaltung nun seit fast zwei Jahren nach den Grundsätzen des NPM und der WOV arbeitet. Darauf könne man stolz sein. Da nun erstmals eine Kosten/Leistungsrechnung nach den Grundsätzen des WOV vorliege, schliesse sich nun der Kreis, um das Projekt abzuschliessen. Sie dankt dem Parlament und vor allem der WIKO für die gute Zusammenarbeit. Sie hält Rückschau über die Entwicklungen und Fortschritte innerhalb des Projektes. Die Mitarbeiterschaft stehe hinter Allwo. Nach sechs Jahren Entwicklungsarbeit könne man sagen, dass sich der Aufwand gelohnt habe. Besonders hebt sie die Kostentransparenz und die Entwicklung von Führungsinstrumenten hervor. Sie verweist für detaillierte Informationen auf den Bericht des Gemeinderates und der WIKO. Der Lernprozess sei jedoch noch nicht abgeschlossen. Vor allem heisse es nun, den Informationsfluss zu bewältigen und zu verarbeiten. Hier sind Verwaltung und Einwohnerrat gefordert. Das Kostenbewusstsein unter den Mitarbeitern sei markant gestiegen. Das Modell der Kostenrechnung sei mit dem Muster des Kantons, welches später erarbeitet wurde, kompatibel. Auch das sei ein Beweis dafür, dass man sich auf dem richtigen Weg befinde. Herr Markus Rudolf-von-Rohr habe sich einen besonderen Ruf erarbeitet, er hat an der Fachhochschule Solothurn zum Thema NPM referiert, heute abend referiert er an anderer Stelle zum Thema „E-Gouvernement“. Das Modell Allschwil ist Pionierarbeit. Die Kosten haben sich auf ca. CHF 250'000.- belaufen, inkl. Software etc. Die Gemeindepräsidentin würdigt die Arbeit der WIKO, sie dankt auch für die kritischen Anregungen zur Verbesserung des Projekts. Sie dankt allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, insbesondere auch dem Projektleiter Herrn Markus Rudolf-von-Rohr. Abschliessend bittet sie das Plenum vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

**Jean-Jacques Winter** bittet die Fraktionen zur Eintretensfrage Stellung zu nehmen.

**Steve Brügger**, CVP-Fraktion, betont, dass mit den Leistungsaufträgen, der Kosten- und Leistungsrechnung und dem Controlling Werkzeuge geschaffen wurden, die es erlauben, langfristig eine schlanke und effiziente Verwaltungsarbeit zu leisten. Es sei im Moment noch zu früh, um konkrete Aussagen zu machen, die Anfänge sind aber gemacht. Es war für alle Beteiligten ein aufwendiges und anstrengendes Projekt. Er dankt allen Mitwirkenden, insbesondere Frau Verena Meschberger als Präsidentin der WIKO. Künftig müsse sich aber auf jeweils bestimmte Punkte konzentriert werden, da sonst der Aufwand zu gross werde. Es müsse das Kommissionswesen überarbeitet werden. Doppelspurigkeiten müssten künftig vermieden werden. Die Basis wurde mit dem Projekt Allwo gelegt. Die CVP/SVP-Fraktion ist für Eintreten.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, erklärt grundsätzlich das Einverständnis der SD-Fraktion zu den gemachten Aussagen. Die Informationsflut war gross. Die Vorgehensweisen und Instrumente des Allwo sollten langfristig allen, auch den Parlamentariern, in Fleisch und Blut übergehen. Er

regt an, dass an einem künftigen Seminar zum Beispiel den Parlamentariern die genaue Formulierung eines Budget-Postulates vermittelt werde. Er würdigt die grosse Arbeit des Projektleiters, dankt den Mitarbeitern. Er betont, dass es weniger um Führungsinstrumente als viel mehr um Steuerungsinstrumente gehe. Dies betone die Wichtigkeit einer Teamarbeit auf allen Ebenen. Namens der SD-Fraktion plädiert er für Eintreten.

**Guido Beretta**, FDP-Fraktion, legt dar, dass das Projekt Allwo im Jahr 1997 auf Anregung seiner Fraktion ins Leben gerufen wurde. Die FDP-Fraktion sei für Eintreten.

**Margarete Wagner**, SP-Fraktion, beantragt namens der SP-Fraktion, Eintreten. Es sei ungewöhnlich, dass man einen Arbeitsbericht vorlege, aber er sei sinnvoll gewesen.

://:

Einstimmig wird Eintreten auf das Geschäft 3439/A beschlossen.

---

## DISKUSSION

Der Bericht der WIKO (Geschäft 3439 A) wird zur Diskussion gestellt und verlesen:

**Keine Wortbegehren** zum Bericht der Wirkungsprüfungskommission zum Projekt Allwo.

Der Bericht des Gemeinderates zum Projekt Allwo (Geschäft 3439) wird zur Diskussion gestellt und verlesen:

**Keine Wortbegehren** zum Bericht des Gemeinderates zum Projekt Allwo.

Es wird einstimmig beschlossen:

://:

1. Von den Leistungsberichten 2002, den Ergebnissen der Kostenrechnung 2002 in der Pilotversion und vom Aufbau des Controlling- und Berichtswesens wird Kenntnis genommen.
  2. Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass das Projekt Allwo abgeschlossen ist und die Führungsinstrumente gemäss NPM in der Gemeindeverwaltung zur Anwendung gelangen.
- 

355

11.100 Raumplanung/Zonenplanung  
01.040 Gemeinderat

### **3. Bericht des Gemeinderates betreffend Waldbaulinienplan „Neuweilerstrasse Nord“; Direkte Beratung (Geschäft 3437)**

---

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, stellt den Antrag, das Geschäft 3437 an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dies aus dem Grunde, da mit Vorlage 2000.003 182 die kantonale Regierung eine Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes bezüglich der Waldabstände beantrage. Namentlich § 97 Abs. 5 solle geändert werden und den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden. Aus diesem Grunde soll das Geschäft heute nicht behandelt werden, der Gemeinderat solle das Geschäft dann nochmals überarbeiten und den kantonalen Vorgaben anpassen. Ca. Januar 2004 wird die Gesetzesänderung im Landrat behandeln.

Gemeinderat **Roman Meury** stimmt grundsätzlich dem Antrag zu. Er weist aber daraufhin, dass im fraglichen Gebiet ein Baugesuch hängig ist. Sofern tatsächlich die Gesetzesänderung im

---

Januar oder Februar 2004 im Landrat behandelt wird, sei dies unproblematisch. Er baue hier auf die zeitliche Komponente und ist bereit das Geschäft zurückzunehmen.

**Steve Brügger**, CVP/SVP-Fraktion, erklärt die Unterstützung seitens seiner Fraktion zum Rückweisungsantrag.

://:

Das Geschäft 3437, Waldbaulinienplan „Neuweilerstrasse Nord“, wird einstimmig an den Gemeinderat zurückgewiesen.

---

356      11.210      Liegenschaften; Baulicher Unterhalt  
          01.032.003      Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

**4. Bericht des Gemeinderates und der Verkehrs- und Planungskommission betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 865'000.-- für die Innen- und Aussensanierung des alten Schulhauses Neuallschwil an der Baslerstrasse 255 (Geschäft 3376/)**

---

**Hanspeter Frey**, Präsident der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, erläutert die Vorlage. Es seien nur notwendige und sinnvolle Sanierungsmassnahmen geplant. Die Sanierung betreffe das gesamte Gebäude mit Ausnahme der Abwartswohnung und des Estrichs. Die frei werdenden Räume würden künftig von der JMS genutzt. Auch die Räume des schulpsychologischen Dienstes würden von den Sanierungsmassnahmen betroffen sein. Ebenso der Alterstreff. Gleichzeitig würden die Räume des Bruggerhauses frei. Dies begrüsse die Kommission. Der Mietvertrag, welcher bis Mitte 2005 läuft, solle nach Möglichkeit früher aufgelöst werden. Das Projekt selbst erscheint wirklich sinnvoll. Einzig zu diskutieren gab die Formulierung in Ziffer 4, dass sämtliche Architekturleistungen von der Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung erbracht würden, um Architekturhonorare einzusparen. Hier sei eine starke Kommissionsminderheit der Ansicht, dass selbstverständlich auch in diesem Fall Kosten anfielen; welche in etwa der gleichen Grössenordnung seien wie die Kosten beigezogener Dritter. Ausdrücklich begrüsst wird hingegen, dass die verwaltungsinternen Architekten sich eines Projektes annehmen, um sich fachlich auf dem aktuellen Stand der Dinge zu halten und „Frontarbeit“ zu leisten. Die Kommission empfiehlt einstimmig dem Einwohnerrat, auf die Vorlage einzutreten. Zuletzt erläutert der Präsident den nach unten korrigierten Betrag auf CHF 838'000.-- des Verpflichtungskredites. Dies komme daher, dass neue Richtofferten und eine andere Indexierung zu verminderten Kosten geführt habe.

**Felix Keller**, CVP/SVP-Fraktion, erklärt Eintreten namens seiner Fraktion.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, ist dafür, dass die bestehende Bausubstanz gepflegt und genutzt wird. Er unterstützt die Absicht der Hauptabteilung, das Projekt selbst zu leiten. Die SD-Fraktion stimmt dem Geschäft vollumfänglich zu.

**Alexandre Philipp**, FDP-Fraktion, erklärt vollumfängliche Zustimmung namens der FDP-Fraktion.

**Jürg Gass**, SP-Fraktion, erklärt Eintreten namens der SP-Fraktion.

://:

Auf das Geschäft 3376, Verpflichtungskredit über CHF 838'000.-- für die Innen- und Aussensanierung des alten Schulhauses Neuallschwil an der Baslerstrasse 255, wird einstimmig eingetreten.

## DISKUSSION

**Alexandre Philipp**, FDP-Fraktion, erwähnt die Umnutzung der Schulhausfläche von 720 m<sup>2</sup>. Weiter können die zugemieteten Flächen abgegeben werden. Mit Ablauf des Mietvertrages im Sommer 2005 fallen diese Kosten weg, evtl. sogar früher. Das Konzept des Umbaus ist sehr gut. Die Räume eignen sich nach der Sanierung gut für den Betrieb der Musikschule. Dem gesamten Konzept kann die Fraktion vorbehaltlos zustimmen.

**Jürg Gass**, SP-Fraktion, erklärt, dass auch die SP-Fraktion das Konzept für sehr gut hält. Die Sanierungsmassnahmen erfassen wirklich nur das Notwendigste. Die Situation für die Musikschule und das Alterscafé verbessert sich. Der Sprechende befürwortet, dass die Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung die Planungsarbeiten übernimmt. Die Fraktion kann daher den Anträgen ohne weiteres zustimmen.

**Felix Keller**, CVP/SVP-Fraktion, befürwortet, dass eine sanfte Renovation durchgeführt wurde. Besonders befürwortet er, dass das Alterscafé nun im Parterre platziert wird. Lediglich die Argumentation, dass mit der Übernahme der Architekturleistungen Einsparungen erfolgen werden, wird bezweifelt. Mittels Allwo wird sich dies aber noch genau zeigen.

**Kurt Kneier**, CVP/SVP-Fraktion, hält die Sanierungsmassnahmen und vor allem die Aufgabe des Bruggerhauses für keine gute Idee. Als Kirchgemeindegassier müsse er den Wegfall der Mietzinseinnahmen bedauern. Ebenso hält er es für schade, dass damals das Bruggerhaus speziell für die Bedürfnisse der Musikschule hergerichtet worden sei und nun diese Einrichtungen nicht mehr weiterverwendet würden. Weiter hat er Bedenken, dass schulpyschologischer Dienst und Musikschule unter einem Dach wegen der Geräusentwicklung konfliktrüchtig sein könnte. Ein konzentriertes Schaffen könnte vor allem im Sommer, bei offenen Fenstern, schwierig werden. Hingegen könnten die Besucher des Alterscafés sicher Freude haben.

**Roman Meury**, erwidert zu den Voten, dass es ihn freue, wenn die Räte die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Abteilung Hochbau in ihren Bemühungen unterstützten und die interne Bauleitung gutheissen. Zum Lärmschutz führt er aus, dass genaue Abklärungen getroffen wurden. Die entsprechenden Fachfirmen wurden konsultiert und man könne davon ausgehen, dass eine gegenseitige Störung unwahrscheinlich sei. Es könnten überall die entsprechenden Lärmwerte eingehalten werden. Abschliessend vermerkt er, dass sich in dem Bauvorhaben einmal mehr zeige, dass bestehende Schulhäuser saniert und nicht abgerissen würden, dies entgegen diversen Medienmitteilungen und Gerüchten.

**Verena Meschberger**, SP-Fraktion, findet die Abwicklung des Bauvorhabens durch die Abteilung Hochbau sehr gut. Sie als Präsidentin der Musikschulkommission und die Kommission als solches konnte dadurch bei der Planung ihre Interessen einbringen und mitbestimmen. Die Bedenken von Kurt Kneier möchte sie aus dem Weg räumen, da das Bruggerhaus auch in naher Zukunft hätte saniert werden müssen. Auch seien die Sanierungsarbeiten im Neuen Schulhaus Allschwil ohnehin notwendig.

://:

1. Dem Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 838'000.00 für die Innen- und Aussensanierung des alten Schulhauses Neuallschwil wird mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.
2. Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2003 = 106.6 Punkte, Basis April 1998 = 100.0 Punkte) wird mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

---

PAUSE

**Jean-Jacques Winter**, gibt bekannt, dass gemäss Gemeinderat heute kein Infofenster stattfindet.

Zum dringlichen Postulat erklärt **Beat Meyer**, CVP/SVP-Fraktion, dass er gerne bereit sei, dieses als Resolution beschliessen zu lassen. Zunächst führt er jedoch aus, dass die Postdirektion über die Schliessung der Poststelle am Lindenplatz in einem ziemlich knapp und mager argumentiertem Brief informiert habe. Er kritisiert die Haltung der Post und findet den Verweis auf andere Poststellen in Allschwil und Basel als unhaltbar. Diese würden in Distanzen von ca. 1,6 km, 2,4 km, 1,4 km und 1,3 km vom Lindenplatz entfernt liegen. Die Poststellen Wanderstrasse und Neubadstrasse in Basel seien jedoch nur 900 m auseinander. Die Wegnahme der Poststellen in den Quartieren führe zu einer weiteren Entwertung dieser Wohngebiete. Dies könne nicht hingenommen werden. In der Nähe des Lindenplatzes würden in nächster Zeit neue Wohngebiete entstehen. Ebenso in der Nähe der anderen Allschwiler Poststellen, davon könne künftig auch die Post profitieren. Er bittet den Gemeinderat auch weiterhin alles zu unternehmen, um die Schliessung der Poststellen zu verhindern. Er befürwortet die Umwandlung seines Postulates in eine Resolution.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** nimmt dazu Stellung. Sie bestätigt, dass der Gemeinderat alles unternimmt, um die Schliessung der Poststelle zu verhindern. Der Gemeinderat hat bereits Herrn Bundesrat Leuenberger geschrieben und der Empörung Ausdruck verliehen. Der Gemeinderat unternimmt alles, um den Verantwortlichen zu zeigen, dass auf allen Ebenen der Bevölkerung dieses Vorgehen missbilligt wird.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, schlägt vor, dass das Abstimmungsergebnis zur Resolution ausdrücklich erwähnt wird.

://:

Das Postulat betreffend Schliessung der Poststelle Allschwil wird einstimmig als Resolution verabschiedet.

---

FRAGESTUNDE:

**Fragestunde: Lokalitäten für SchülerInnen-Konzerte der Musikschule, Verena Meschberger, SP-Fraktion**

**Verena Meschberger**, SP-Fraktion:

Fragen:

- Aula Lettenweg:
  - Wie steht es mit dem Gastrecht in der Aula Lettenweg in Zukunft?
  - Gilt hier, was während der Diskussionen zum Bildungsgesetz immer wieder betont wurde, nämlich dass Räumlichkeiten in Gebäuden des Kantons den Gemeinden ausserhalb der Schulzeit zur Verfügung stehen?
  - Müsste eine solche Inanspruchnahme finanziell abgegolten werden?
- Sieht der Gemeinderat in einem weiteren Schritt einen Ausbau des Dachstockes im alten Schulhaus Neu-Allschwil als Mehrzweckraum mit direktem Zugang vor? Aus dem Finanzplan 2005-2009 ist dies nicht ersichtlich, ausser ein solcher Ausbau sei im Rahmen einer der Tranchen von jeweils 2 Mio. Fr. in den Jahren 2006-2009 vorgesehen.
- Gehe ich recht in der Annahme, dass der Musikschule im neuen Veranstaltungssaal Wegmatten I (vorbehältlich des positiven Ausgangs der Abstimmung von Ende November

2003) das gleiche Gastrecht gewährt wird wie den Vereinen, d.h. dass die Musikschule dann auf das Mieten externer Säle verzichten kann?

**Roman Meury** beantwortet die Fragen von Verena Meschberger betreffend weitere Nutzung der künftig dem Kanton gehörenden Schulräumlichkeiten durch die Musikschule dahingehend, dass bis zum 31.12.2004 die Aula Schulhaus Lettenweg wie bis anhin genutzt werden könne. Ab Januar 2005 müsse man damit rechnen, dass Miete an den Kanton gezahlt werden müsse. Er bejaht auch die Frage, ob Räumlichkeiten des Kantons ausserhalb der Schulzeiten den Gemeinden zur Verfügung stehen würden. Weiter erklärt er, dass die Frage der finanziellen Abgeltung der Nutzung zur Zeit von einer interkommunalen Arbeitsgruppe geprüft werde. Der Gemeinderat bestätigt, dass ein weiterer Ausbau des Dachstockes bei der Sanierung des Schulhauses Neuallschwil nicht vorgesehen ist. Die Erschliessung des Dachstockraumes wäre nur via der bestehenden Hauswartwohnung möglich. Diese würde aber bis zur Pensionierung des jetzigen Hauswartes genutzt werden. Wenn die Wohnung frei werde, könne man das Projekt nochmals durchdenken. Er sichert der Musikschule das gleiche Gastrecht für den, vorbehältlich der Volksabstimmung vom 30.11.2003, zu erstellenden Veranstaltungssaal zu, wie den Vereinen.

**Verena Meschberger**, SP-Fraktion, bedankt sich für die Beantwortung der Fragen.

---

#### **Fragestunde: „Verkehr im Quartier“, Martin Grieder, SP-Fraktion**

Ivo Corvini, CVP-Fraktion, verliest die von **Martin Grieder**, SP-Fraktion, eingereichten Fragen zum Themenkomplex „Verkehr im Quartier“. Es würden, so Martin Grieder in seiner Einleitung, sich viele Einwohnerinnen und Einwohner mit Fragen rund um die Gestaltung des Verkehrs im Quartier befassen und sicher auch entsprechende Begehren an den Gemeinderat stellen.

Konkret stellt er folgende Fragen:

Wie viele solcher Begehrschreiben sind hängig – und seit wann? In welche Richtungen deuten die Erwartungen, zielen die Inhalte?

Arbeit der Kommission:

Welche Verwaltungsabteilungen sind hier involviert?

Wie werden die Anwohnerinteressen einbezogen ( Anhörung, Begehung)?

Wie und wann wird der Einwohnerrat über diesen Kommissionsbericht informiert (Legislaturwechsel!)?

**Paul Schüpbach**, bantwortet dazu, dass keine Begehrrschreiben, also nicht parlamentarische Vorstösse, hängig sind. Alle wurden beantwortet, auch dasjenige einiger Anwohner aus der Amselstrasse. Gewisse Begehrschreiben befinden sich in der Umsetzung, so zum Beispiel betreffend Trottoir Neuweilerstrasse auf der rechten Seite. Zur zweiten Frage (Verwaltungsabteilungen) legt er eine Folie auf: es seien zwei Abteilungen involviert. Die Abteilungen Einwohnersicherheit und Tiefbau. Einbezogen würden auch die Fraktionen. Zur Frage der Anhörung oder Begehung führt er aus, dass diese, sofern notwendig, auch durchgeführt würden. Als weiteres Beispiel führt er das Departement Einwohnerdienste und Sicherheit an. Es habe die Kindergärten im Hinblick auf Sicherheitsfragen begutachtet, das Arbeitspapier wurde durch den Gemeinderat heute verabschiedet, die Umsetzung erfolgt nun durch das Departement Tiefbau. Zum Informationswesen legt Paul Schüpbach eine weitere Folie auf: Es bestehe eine gemeinderätliche Spezialkommission welche diese Themen, zBsp. „Tempo 30“, aufnimmt. Ende Juni 2004 wird diese Kommission einen Bericht vorlegen.

---

**Martin Grieder**, SP-Fraktion, bedankt sich für die ausführliche Beantwortung.

---

**Fragestunde: Graffitis am Allschwiler Schützenhaus, Christoph Morat, SP-Fraktion**

**Christoph Morat**, SP-Fraktion stellt folgende Fragen:

1. Wie sind die Besitzverhältnisse der Liegenschaft „Schützenhaus“ und wer wäre in dem Fall haftbar vor dem Gesetz?
2. Weiss der Gemeinderat von den genannten Sprayereien und wurde mit den Nutzern über die Sachlage gesprochen?
3. Was hat der Gemeinderat unternommen um die rassistischen Graffitis zu entfernen und diese auch nicht mehr zu dulden?

Departementsvorsteherin **Nicole Nüssli** gibt zu den gestellten Fragen folgende Antworten: Die in Frage stehende Gesetzesbestimmung im Strafgesetzbuch ist Art. 261bis. Tatsächlich wird gemäss dieser Bestimmung der Täter bestraft. Nach ihrer Auffassung, ohne weitergehende juristische Abklärung, ist daher der Besitzer einer Liegenschaft, die verschmiert wird, nicht unmittelbar dafür haftbar. Die Besitzverhältnisse seien so, dass das Schützenhaus im Eigentum der Gemeinde steht und aber daraus keine Haftbarkeit aus der Eigentümerstellung herzuleiten sei. Der Gemeinderat wisse jedoch von den Schmierereien. Er habe auch schon mit den Nutzern, den Militärschützen und der Schützengesellschaft gesprochen. Der Gemeinderat habe abklären lassen, was die Entfernung der Sprayereien kosten würde. Die Entfernung der rassistischen würde CHF 2'000.-- kosten, die sämtlicher Schmierereien gegen CHF 20'000.--, die Imprägnierung (Sprayschutz) gegen zukünftige Sprayereien ebenfalls ca. CHF 25'000.--.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, erklärt, dass die Medien letzte Woche in genau diesen Fällen diverse Liegenschaftsbesitzer wegen diesem Sachverhalt verurteilt wurden. Er bittet den Gemeinderat, die Sachlage nochmals genau abzuklären und allfällige Massnahmen in die Wege zu leiten. Ihm erscheint die Investition von insgesamt ca. CHF 45'000 als angemessen.

---

**Fragestunde: Wohnsituation Lindenplatz, Jugendarbeit, Christoph Morat, SP-Fraktion**

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, stellt weitere Fragen zum Thema Wohnsituation Lindenplatz und Jugendarbeit:

1. Was kann der Gemeinderat zu der Planung einer verbesserten Situation am Lindenplatz generell und zu der Postschliessung im Besonderen sagen?
2. Gibt es den Bus der Jugendarbeiter in der Form noch?
3. Wann könnte dieser Bus die Jugendlichen am Lindenplatz betreuen und so eine erträgliche Situation auch in Punkto Nachtruhestörung am Lindenplatz schaffen?

**Paul Schüpbach** antwortet zur ersten Frage wie folgt: Er habe sich auch darüber aufgeregt, wie das Tramhäuschen am Lindenplatz kurz nach der Renovation wieder mit Sprayereien verschmiert sei. Seit zwei Jahren sei die Gemeinde am planen, wie die Situation verbessert werden könnte. Die Fa. Metron habe den Auftrag erhalten, einen Bericht mit entsprechenden

Vorschlägen bis Ende 2003 zu verfassen. Dieser Bericht werde der Kerngruppe, der auch der Fragesteller angehört, präsentiert und dann nach Lösungen gesucht. Weiter stelle sich die Situation so dar, dass die Tramgleise Morgartenring bis Lindenplatz neu verlegt werden sollen. Allerdings seien die Verhandlungen zwischen der BVB, Allschwil und dem Kanton zur Zeit gestoppt, da das Geld für eine Verkehrssanierung fehle.

**Bea Fuchs** zur Jugendarbeit: Den Bus der Jugendarbeiter gibt es noch. Die Sommeraktion sei auch in diesem Jahr erfolgreich durchgeführt worden. Die Jugendarbeiter würden mit dem Bus (Vespa-Mobil), welcher aus den Einnahmen einer „Grufti-Disco“ und ohne finanzielle Unterstützung der Gemeinde angeschafft wurde, vor Ort Kontakt mit den Jugendlichen aufnehmen und ihnen Tipps zur Freizeitgestaltung geben. Der Bus sei auch mit Spielen und Informationsmaterial über Drogen und Alkohol sowie mit einem Erste-Hilfe-Set ausgestattet. Das Angebot sei von den Jugendlichen sehr gut angenommen worden. Das Vespa-Mobil sei auch an Festivitäten anwesend. Die Jugendarbeiter achten dabei vor allem auch auf die Einhaltung des Ausschankverbotes von Alkohol an Jugendliche.

Zur dritten Frage: Im Winterhalbjahr seien die Parks und Anlagen so gut wie nicht besucht. Hingegen würde das Jugendfreizeithaus sehr gut frequentiert. Dort seien dann zwei Jugendarbeiter jeweils auch abends präsent. Aus personellen Gründen sei es den Jugendarbeitern aber nicht möglich, zu dieser Zeit auch noch mit der Vespa in Allschwil abends und nachts unterwegs zu sein. Die Jugendarbeiter haben im Sommer auch am Lindenplatz vermehrt Präsenz gezeigt. Allerdings hätten sie keine randalierenden Jugendlichen festgestellt. Die Behebung von Nachtruhestörung fällt nicht in den Aufgabenbereich von Jugendarbeitern. Die mobile Jugendfreizeitaktion kam aus Initiative der Jugendarbeiter zu Stande, sie hatten keinen offiziellen Auftrag des Gemeinderates dazu.

**Nicole Nüssli** nimmt zur vierten Frage Stellung: Die Gemeindepolizei habe den Auftrag, im Besonderen an den neuralgischen Punkten, zu denen auch der Lindenplatz gehört, vermehrt zu patrouillieren, um Ruhestörungen zu vermeiden. Ausserdem rücke sie selbstverständlich bei entsprechend eingehenden Anzeigen aus. In den letzten 11 Monaten seien drei Lärmmeldungen im Zusammenhang mit dem Lindenplatz eingegangen. Dies sei sehr wenig für einen als neuralgisch eingestuften Ort. Dies dokumentiere auch die gute Zusammenarbeit zwischen der mobilen Jugendaktion und der Gemeindepolizei.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, bedankt sich für die guten Ausführungen der Gemeinderäte. Er schätze das Engagement der Jugendarbeiter in diesem Bereich sehr. Er schliesst jedoch die Frage an, wie der Arbeitsauftrag der vier Gemeindepolizisten aussehe. Ihn interessiere es, ob die Gemeindepolizei auch in der Zeit zwischen 22.00 und 03.30 Uhr patrouilliere. Ausserdem störe er sich daran, dass die Antwort allein auf die Anzahl der eingegangenen Lärmbeschwerden bezogen war. Es gäbe auch einzelne Vandalenakte die darunter nicht erfasst seien.

**Nicole Nüssli** verweist nochmals auf die ursprüngliche Fragestellung nach der Nachtruhestörung: diese sei entsprechend beantwortet worden. Andere Informationen habe sie nicht eingeholt. Sie führt aber aus, dass die Meldungen um 23.10 Uhr, 22.35 Uhr und um 0.45 Uhr eingegangenen seien. Daraus sei ersichtlich, dass die Polizei auch in der Nacht tätig sei.

---

#### **Fragestunde: Fristen, Form und Inhalt der eingereichten Fragen, Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin**

Anlässlich der Fragestunde bittet **Ruth Greiner** alle Ratsmitglieder künftig gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates die Fragestellungen rechtzeitig einzureichen. Es gehe darum, dass die Verwaltung zeitlich unter Druck stehe, um die Antworten vorzubereiten. Ausserdem sollten sich die Räte auf kurze, knappe und einfache Fragen aktueller Art beschränken. Für weitergehende Anliegen sollte die Möglichkeit der Interpellation genutzt

werden oder man könne auch direkt die Verwaltung oder den jeweiligen Departementsvorsteher konsultieren.

**Dr. Guido Beretta**, bittet den Gemeinderat um Auskunft über den derzeitigen Stand der Angelegenheit in Sachen Sekundarschulrat.

**Ruth Greiner** teilt mit, dass von der ehemaligen Präsidentin und dem ehemaligen Vizepräsidenten Aufsichtsbeschwerde beim Regierungsrat eingereicht wurde. Dieser wird einen entsprechenden Bericht zu Händen der Regierung verfassen. In diesem Zusammenhang teilt sie mit, dass der neu zusammengesetzte Schulrat bereits eine Sitzung einberufen hat und sich nun ganz auf die zukünftigen Aufgaben konzentrieren will.

**Guido Beretta** interessiert vor allem die Vergangenheit, weniger die künftigen Ziele des Schulrats. Er wird sich auch in Zukunft erlauben, nach dem Stand des Verfahrens zu fragen.

---

### **Fragestunde: D'Aujourd'hui-Haus, Liegenschaften, Hanspeter Frey, FDP-Fraktion**

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, fragt nach dem Stand der Dinge in Sachen Au jour d'hui-Haus. Die externe Vergabe von Sanierungsarbeiten wurde damals im Einwohnerrat abgelehnt, es sollte die Verwaltung selber tätig werden, seither habe man nichts mehr davon gehört. Nun hat aber die Firma Adimo Immobilien diese Parzelle zum Verkauf angeboten. Muss die Parzelle verkauft werden, oder gäbe es auch die Möglichkeit des Baurechts, sind ca. CHF 900.-- /m2 Verkaufspreis marktkonform? Wurde mit der römisch-katholischen Kirche, als Grundeigentumsnachbar, wegen einer allfälligen gemeinsamen Planung Kontakt aufgenommen, kauft oder mietet sich die Gemeinde wieder ein, da man damals von einem zwingend einzurichtenden Kindergarten gesprochen hatte? Wie hoch ist in etwa die Courtage der Adimo?

**Roman Meury** antwortet, dass die Adimo den Auftrag hat, einen Investor zu suchen. Ein Verkauf ist nicht zwingend, es könne auch ein Baurechtsvertrag zustande kommen. Ein Entscheid sei noch nicht gefallen. Der Preis sei marktkonform. Die Zusammenarbeit mit der Kirche sei gesucht worden, jedoch konnte diese Arbeit nicht weitergeführt werden, da der Kirchensouverän dagegen war. Der Kindergarten Pestalozzi soll tatsächlich darin untergebracht werden, die Kosten für die Unterbringung seien auch budgetiert. Die Courtage sei ebenfalls marktkonform.

---

**Steve Brügger**, CVP/SVP-Fraktion, kommt zurück auf die Schulratsthematik: Im Falle eines Rücktritts werde üblicherweise der Parteipräsident informiert. In diesem Falle ist dies jedoch noch nicht geschehen. Der Nachrückende, Herr Rudolf Hofstetter, wartet bis zum heutigen Tage auf eine Mitteilung. Als Parteipräsident habe er, Steve Brügger, Anspruch auf Informationen. Selbst der Kanton gebe ihm keine Antwort auf seine Fragen.

**Ruth Greiner** versichert, dass sie selbst Abklärungen über den korrekten Ablauf und die Vorgehensweise treffen wird.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, geht mangels offizieller Information nach wie vor davon aus, dass Herr Josef Seiler Vizepräsident sei. Es sei kurios, dass auch von der Regierungsseite her keinerlei Informationen ausgegeben würden.

**Steve Brügger**, CVP/SVP-Fraktion, betont nochmals, dass er nur durch ein Schreiben von Frau Fricker darüber informiert worden sei, dass sie zurücktrete. Der Gemeinderat habe immer noch nicht offiziell informiert.

---

357 11.130 Hochbau/Raumplanung; Öffentlichkeitsarbeit

**5. Bericht des Gemeinderates betreffend „Trendloft oder Wohnblock“: Allschwil ist gebaut - wie lässt sich sein Wohnungsangebot erneuern? Bericht PSP Uni Basel (Geschäft 3458)**

---

**Jean-Jacques Winter** stellt den Antrag, das nächste Geschäft von der heutigen Traktandenliste abzusetzen und zunächst die nachfolgenden Geschäfte, Motionen, Postulate und Interpellationen zu behandeln.

://: Das Geschäft 3458, „Trendloft oder Wohnblock“, Allschwil ist gebaut, wird einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt.

---

358 01.080 Behörden- und Personalrechte  
06.042 Arbeitsrecht  
01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

**6. Motion „Teilrevision Personalreglement“, Eugen Neeser. FDP-Fraktion, Geschäft 3435**

---

**Eugen Neeser**, FDP-Fraktion, zur Motion 3435, Teilrevision Personalreglement, freut sich, dass die Motion heute endlich behandelt wird. Für ihn sei es frustrierend, wenn einerseits über eine schlankere Verwaltung, Sparbemühungen, über bürgergerechte Verwaltung gesprochen werde, andererseits aber noch Dienstleistungen im Angebot seien, die nicht mehr aktuell sind, da man sie aufgrund eines strengen Personalreglements nicht abbauen könne. Es gehe ihm nicht darum, Stellen dort zu streichen, wo man sie benötigt, aber es gehe darum, die zur Verfügung stehenden Mittel an den Orten einzusetzen, an denen sie heute gebraucht würden und sinnvoll seien. Daher sollten alte Dienstleistungen abgebaut werden können.

**Ruth Greiner** erklärt die Bereitschaft des Gemeinderates, dieses Geschäft entgegenzunehmen. Der Text entspreche genau dem Wortlaut, den der Gemeinderat dem Einwohnerrat anlässlich der Beratungen zum Personal- und Besoldungsreglement vorgelegt habe, allerdings sei er damals vom Einwohnerrat abgelehnt worden. Er entspreche übrigens auch der Formulierung im kantonalen Personalreglement. Eine Anpassung mache Sinn. Der Gemeinderat möchte gleichzeitig mit dieser Änderung auch die Bestimmungen über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ändern. Es fände mit der beabsichtigten Änderung keine Verschlechterung statt, sondern eine Verbesserung, dies entspräche dann auch der kantonalen Regelung.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, fragt nochmals nach. Er ist der Ansicht, dass mit den Instrumenten der WOV das Angebot an Dienstleistungen sehr gut gesteuert werden könne. Er empfindet die Begründung von Eugen Neeser eher als Ausdruck eines Misstrauens gegenüber der Verwaltung.

**Eugen Neeser**, FDP-Fraktion, beruhigt Christoph Morat, und führt aus, dass es nur und allein darum gehe, der Verwaltung auch im Rahmen der Reglemente die Möglichkeit zu geben, eine kostenbewusste und schlanke Verwaltungsarbeit zu leisten. Damit unterstütze er die Verwaltung und es sei sicher nicht Ausdruck von Misstrauen.

://:

Die Motion 3435 wird mit 31:2 bei 2 Enthaltungen an den Gemeinderat überwiesen.

---

359 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal  
07.002 Kommunale Vorschriften  
07.100 Steuerwesen

**7. Motion „Steuerreglement“, Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, Geschäft 3441**

---

Keine Diskussion

://:

Die Motion 3441 wird einstimmig an den Gemeinderat überwiesen.

---

360 01.032.006 WIKO (Wirkungsprüfungskommission)

**8. Motion „Neuzuteilung der Aufgaben der bisherigen Wirkungsprüfungskommission“, Wirkungsprüfungskommission, Geschäft 3452**

---

**Verena Meschberger**, SP-Fraktion, führt namens der Wirkungsprüfungskommission aus, dass die Mitglieder der WIKO sehr stark mit Aufgaben belastet sind. Da die Mitglieder der WIKO zugleich auch Mitglieder der FIREKO oder GPK sind, sei die Arbeitsbelastung vor allem für die berufstätigen Mitglieder zu hoch. Daher sollte überprüft werden, ob die Aufgaben neu verteilt werden könnten.

**Ruth Greiner** erklärt, dass der Gemeinderat bereit sei, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Es gäbe noch einige Aspekte zu klären, so zum Beispiel das Thema „Globalbudget“ oder weitere Möglichkeiten parlamentarischer Steuerungsinstrumente seien noch nie diskutiert worden. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass eine Änderung der Gemeindeordnung erst dann erfolgen kann, wenn solche Themen behandelt wurden. Deswegen könne aus zeitlichen Gründen die Motion nur als Postulat entgegengenommen werden. Der Gemeinderat erwarte, dass in Zukunft die Belastung der WIKO sicher zurückgehen werde. Sie schlägt vor, im nächsten Jahr die weitere Vorgehensweise und Aufgaben der WIKO mit den Fraktionen und den KommissionspräsidentInnen zu besprechen.

**Verena Meschberger**, SP-Fraktion, kann sich dem Vorgehen anschliessen.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass im kantonalen Gemeindegesetz noch keine Grundlage für die WIKO bestehe. Es solle künftig mit anderen Gemeinden das weitere Vorgehen geprüft werden.

://:

Die Motion „Neuzuteilung der Aufgaben der bisherigen Wirkungsprüfungskommission“, Geschäft 3452, wird einstimmig als Postulat an den Gemeinderat überwiesen.

---

361 12.600 Öffentlicher Verkehr  
12.610 Tram  
12.620 Bus

**9. / 10. Postulat I und II betreffend Verbesserung der Anbindung Allschwil/Schönenbuch an den Bahnhof SBB mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Ivo Corvini/Felix Keller, CVP, Geschäft 3454 / 3455**

---

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, erläutert, dass es um die Komfortsteigerung im Bereich des öffentlichen Verkehrs gehe. Die Absicht sei, den Bürgern eine bessere Trambahnbindung an den Bahnhof SBB zu ermöglichen. Die Infrastruktur bestehe ja bereits, es solle nun durch Gemeinderat, BVB und kantonale Stellen geprüft werden, ob die Trambahnlinie 6 entsprechend erweitert werden könne. Zum **Postulat II** führt er aus, dass es hierbei um die Buslinie 33 gehe, die nach Schönenbuch verlängert werden solle. Auch hier bittet er um eine Kosten- und Bedürfnisanalyse durch den Gemeinderat.

**Jürg Gass**, SP-Fraktion, äussert seine Bedenken zu den Postulaten. Nach seiner Ansicht werden mit den Postulaten offene Türen eingerannt. Mit der gesamten Thematik „ÖV“ beschäftigt sich ja bereits die einwohnerrätliche Kommission. Ein Gesamtkonzept zu fordern, würde mehr Sinn machen. In diesem Sinne empfiehlt er jedoch die Zustimmung zu den Postulaten.

://:

Die Postulate I und II betreffend Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Geschäft 3354 und Geschäft 3455 werden an den Gemeinderat mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.

---

362      11.121      Baugesuche/Bauanfragen  
          11            Hochbau/Raumplanung

**11. Interpellation „Mobilfunkantennen“, Lucius Cueni, SP-Fraktion, Geschäft 3424**

---

**Jean-Jacques Winter** bittet im Namen vom abwesenden Lucius Cueni, SP-Fraktion, die Interpellation betreffend Mobilfunkantennen, Geschäft 3424 von der Traktandenliste abzusetzen.

://:

Die Interpellation „Mobilfunkantennen“, Lucius Cueni, SP-Fraktion, Geschäft 3424 wird einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt.

---

363      13.330      Projektgruppe Flugverkehr

**12. Interpellation „EuroAirport/Gemeinde Allschwil“, Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, Geschäft 3426**

---

**Paul Schüpbach**, nimmt nochmals kurz Bezug auf die Geschäfte 3454 und 3455 und betont, dass der Gemeinderat diese selbstverständlich einstimmig entgegennimmt, zumal die Forderungen der Postulate ein Teil der Vernehmlassung des Gemeinderates an den Kanton darstellen.

Zur Interpellation „EuroAirport/Gemeinde Allschwil“ nimmt er in dem Sinne Stellung, dass sich die Situation des EuroAirports gerade im vergangenen Jahr sehr schnell geändert habe. Auf die Frage der Erreichung der definierten Ziele für das Jahr 2002 durch den Gemeinderat, teilt er mit, dass die Gründung der trinationalen Flugkommission erfolgt sei, ebenso der Know-How-Transfer von der Taskforce zur Gemeinde, die Abteilung Umwelt bearbeite die Themen, die Einhaltung der Planungswerte im ganzen Gemeindegebiet, vor allem im Hinblick auf das Ziegeleiareal wurde erreicht, das Thema Frachtmengensteigerung auf dem EuroAirport wird bearbeitet. Die Zahlen des EuroAirports zeigen, dass nicht nur die Passagierzahlen sondern auch die Frachtmengen stark zurückgegangen seien. Mit hoher Priorität werde das Ziel verfolgt, dass keine Ausnahmegewilligungen für Starts und Landungen zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr erteilt werden. Ausserdem sollen die stark lärmbelasteten Grossraumflugzeuge vermindert

werden oder zumindest in Richtung Norden starten. Die vermehrte Auslastung der Ost/West-Piste hat allerdings zur Folge, dass Frankreich nun vermehrt mit der Lärmbelastung zu kämpfen hat. Für Deutschland stellt sich das Problem der Finanzierung des Flughafens, da der Preiskampf und die Konkurrenz zwischen den Flughäfen Lahr und EuroAirport die Situation nicht verbessere. Auf die Frage nach der Zusammenarbeit mit dem Forum Flughafen und dem Schutzverband weist er darauf hin, dass der Vizepräsident des Gemeinderates, Dr. Anton Lauber, Präsident des Forums sei und Gemeinderätin Nicole Nüssli Vorstandsmitglied des Schutzverbandes. Hierin zeige sich, dass der Austausch der Informationen gewährleistet sei. Es fänden dann Tagungen statt, wenn dies angesichts der Problematiken notwendig sei. Der Gemeinderat drücke auch seine Betroffenheit zu den Einsparungen an Arbeitsplätzen am Flughafen aus. Allschwil sei immerhin die Gemeinde, welche die zweitgrösste Anzahl an schweizerischen Arbeitskräften am Flughafen stelle.

**Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion, dankt Paul Schüpbach für die ausführlichen Antworten und verlangt keine Diskussion.

---

364      12.      Tiefbau  
          12.130      Strassen; Bewilligungen/Konzessionen

**13. Interpellation „Cablecom/Balcab“, Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, Geschäft 3440**

---

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, bittet einzig nur die Fragen 1. und 2. seiner Interpellation zu beantworten. Die anderen Fragen zieht er hiermit zurück.

**Paul Schüpbach** verneint die Frage nach einer finanziellen Beteiligung der Gemeinde an der Balcab. Ausserdem sei die Gemeinde im Verwaltungsrat der Balcab nicht vertreten, allerdings sei in der Netzwerkkommission die Gemeinde durch den Sprechenden vertreten. Diese Kommission sei zuständig für das Spektrum an anzubietenden Kanälen und Themen, die Kommission habe aber seit 4 Jahren keine Sitzung mehr abgehalten.

---

**Jean-Jacques Winter** beschliesst die Sitzung.